

BASELBIETER
FREISINN
Wir machen die Schweiz stark!

Übergabe des Fraktionspräsidiums an Alain Bai

Alain Bai

Abschied aus dem Landrat

Stefan Degen blickt auf seine sieben Jahre im Landrat zurück

Seite 3

Neujahrsapéro der FDP Baselland

Rund 130 Freisinnige stossen auf das neue Jahr an

Seite 4 + 5

Abstimmung Mindestlohninitiative

Nein zu einer Initiative, die mehr schadet als hilft

Seite 6

Abstimmung Wahlrechtsreform

Eine unnötige Reform, die neue Ungerechtigkeiten schafft

Seite 7

Jungfreisinnige starten engagiert ins neue Jahr

Erfolgreiche Petition, Initiative im Start und eine wachsende Basis

Seite 8

Per 1. Januar 2025 habe ich das Fraktionspräsidium von Andi Dürr übernommen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um ihm im Namen der gesamten Fraktion für seine hervorragende Arbeit der letzten Jahre und die umsichtige Führung der Fraktion zu danken. Unter seiner Leitung hat die Fraktion in den letzten Jahren wichtige Impulse gesetzt und die politische Debatte mitgeprägt. Es ist mir eine grosse Freude, die Arbeit von Andi Dürr fortführen zu dürfen. Mein Ziel ist es, die öffentliche Wahrnehmung der FDP-Fraktion als der einzigen echten liberalen Kraft im Landrat weiter zu stärken. Zu diesem Zweck möchte ich die Vorstösse aus der Fraktion noch stärker in den Fokus der Öffentlichkeit rücken, etwa indem frühzeitig in der Tagespresse darüber berichtet und unsere Arbeit auf Social Media systematisch begleitet wird. Zudem soll die Fraktion nach der erfolgreichen Vorstossreihe zum Finanzhaushalt des Kantons im letzten Jahr weitere Schwerpunktthemen setzen, indem einzelne Vorstösse zu einem bestimmten Politikbereich gebündelt eingereicht werden. Dabei ist es mein Anspruch, am Puls der Wählerinnen und Wähler zu sein und Themen aufzugreifen, welche

die Menschen in ihrem Alltag auch tatsächlich beschäftigen. Es sind dies Themen wie etwa die Verkehrsinfrastruktur, die Sicherheit, die Gesundheitsversorgung, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder schlichtweg das eigene Geld. Auch in diesen Bereichen verfügt unsere Fraktion über hervorragende Kompetenzen, welche den Kanton voranbringen können. In diesem Sinne sehe ich es auch als meine Aufgabe, für die Ideen und die Überzeugungen meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen einzustehen und mitzuhelfen, für unsere Anliegen Mehrheiten zu schaffen.


Alain Bai, Fraktionspräsident FDP Baselland



Unser Land braucht die FDP

Die liberale, eindeutig bürgerliche Politik

Liebe Freisinnige

An der Delegiertenversammlung vom 18. Januar hat die FDP aufgezeigt, wie wichtig unsere gradlinige, liberale politische Arbeit ist. Die Schweiz kippt je länger, je mehr nach links. Immer mehr Anspruchsgruppen melden ihre Forderungen an. Inzwischen beteiligen sich auch Teile der SVP am Ringen um Subventionen und rufen nach stets neuen Segnungen des Staats. Deshalb braucht unser Land die liberale, eindeutig bürgerliche Politik der FDP mehr denn je! Wir setzen uns ein für alle, die in diesem Land Verantwortung übernehmen. Verantwortung für das eigene Leben, für die Familie, für den Beruf, für die Gesellschaft.

Für alle, die den Wecker stellen

Den Begriff «Eigenverantwortung» kennen wir in der Schweiz schon lange. Aber es ist notwendiger denn je, dass wir uns dafür einsetzen. Denn die Koalition der Anspruchsvollen, die immer mehr Bedienung durch den Staat wollen, wächst unaufhörlich. Die FDP steht auf der Seite der Menschen, die bereit sind zu arbeiten, ihre Pflicht zu tun und sich jeden Tag für Beruf, Familie und Gesellschaft einzusetzen. Das heisst, wir kämpfen für das liberale Erfolgsmodell. Denn wir kämpfen für alle Menschen, die den Wecker stellen:

- Berufstätige, die ihrer Arbeit nachgehen und damit Wohlstand schaffen

- Unternehmerinnen und Unternehmer, die investieren und den Nachwuchs ausbilden
- Eltern, die ihr Zusammenleben frei gestalten und Familien- wie Berufsarbeit ohne steuerliche Nachteile wünschen
- Frauen und Männer, die umfassende Sicherheit und krisenfeste Infrastrukturen brauchen
- alle Bürgerinnen und Bürger, die am Erfolgsmodell Schweiz mitwirken und mitbauen

Realität statt Utopie

In den letzten Jahren haben geopolitische Verwerfungen und Krisen die Welt und die Schweiz erschüttert. Wir werden dramatisch daran erinnert, wie verletzlich unser Land ist. Weder Freiheit, Wohlstand, Sicherheit noch ausreichend Energie sind eine Selbstverständlichkeit. Angesichts dieser Herausforderungen ist es unverständlich, dass manche noch immer lieber über das Gendern, Lärmschutzverordnungen oder die Namen von Strassenschildern diskutieren. Die Schweiz braucht dringend eine Änderung der Prioritäten. Mehr Realitätssinn statt Wunschdenken! Nur so ist es möglich, dass auch unsere Enkelkinder noch in Freiheit und Wohlstand leben.

Umweltverantwortungsinitiative gleich Verarmungsinitiative

Bestes Beispiel ist die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen: Sie fordert innert 10 Jahren

eine utopische Reduktion des Ressourcenverbrauchs und des Schadstoffausstosses. Um deren Ziele zu erreichen, müssten wir auf 67 Prozent unseres heutigen Konsums verzichten. Allein die Energiepreise müssten massiv angehoben werden. Das bedeutet einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe in unser Leben und unsere Freiheit sowie diejenige unserer KMU. Die Schweiz würde auf das Niveau von Staaten wie Afghanistan, Haiti oder Madagaskar abgleiten. Übrigens: Die gleichen politischen Kräfte, welche die Umweltverantwortungsinitiative unterstützen, forderten auch industriepolitische Massnahmen für die hiesige Stahlindustrie wegen zu hoher Energiepreise – was für ein Widerspruch. Die Schweiz braucht eine liberale Umweltpolitik, denn nur Staaten mit hohem Wohlstand können dem Umweltschutz hohe Priorität einräumen. Statt eines utopischen Alleingangs sollte die Schweiz deshalb den eingeschlagenen Weg der griffigen, sozial- und wirtschaftsverträglichen Klima- und Umweltpolitik weiterverfolgen. Ich bitte Sie daher um ein NEIN zur Umweltverantwortungsinitiative am 9. Februar.

Ihr Thierry Burkart,
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



Meine sieben Jahre

im Landrat

Fast auf den Tag genau sieben Jahre war ich Mitglied im Baselbieter Kantonsparlament, dem Landrat. Der tiefe Einblick in die Themen ist interessant und, ich würde eine Unwahrheit erzählen, wenn ich etwas anderes behaupten würde, hat mich auch geprägt.

Mein ganzes Berufsleben war ich in der Privatwirtschaft, bis auf eine Ausnahme auch immer in KMU. Zuerst habe ich Schreiner gelernt, danach studierte ich Wirtschaft und wurde Wirtschaftsprüfer. Die vier Jahre bei einer Big-Four-Prüfungsgesellschaft waren denn auch meine einzigen Jahre in einer Grossunternehmung. Heute arbeite ich als CFO in einer Unternehmung in der Pharmabranche.

In all diesen Funktionen wusste ich, was mein Beitrag zu einem erfolgreichen Jahresabschluss

war und wofür das Unternehmen Gewinn machen musste, und ich war mir auch immer bewusst, was zu wenig Aufträge, verschwenderischer Umgang mit Ressourcen und damit schlechte Ergebnisse für eine Unternehmung bedeuten.

Diese Grundhaltung ist in der Politik schwer zu finden. Es dominieren Sätze wie «es kostet halt, was es kostet» oder «ja, man kann doch nicht immer nein sagen». Daran musste ich mich gewöhnen, auch wenn sich meine innere Haltung nie geändert hat.

Der Landrat zieht zunehmend Leute an, die nicht mehr die Wertschöpfung des Kantons vertreten, also keine Unternehmer und Manager, sondern Leute aus Verbänden, Staatsangestellte und Berufspolitiker, die ein bisschen Gemeinderat, ein bisschen Landrat, mehrere Kommissionen und sonstige Ämter sammeln. In meinen drei Legislaturen war diese Veränderung stark spürbar, auch bei der FDP. Das ist keine gute Entwicklung. Wenn ein Grossteil des Parlaments nicht versteht, wie Geld verdient wird, so wird dieses auch nicht zielgerichtet zugewiesen, was die Hauptarbeit eines Parlaments wäre. Diese Veränderung hat auch Einfluss auf die Haltung der Parlamentarier, man fängt an, sich wichtiger zu fühlen, als man in seiner Rolle ist. Daraus folgen dann Entscheide, dass man ein Verbot von fossilen Heizungen lieber am Volk vorbei in ein Dekret verpackt oder die unsägliche Erhöhung der Landratsvergütung.

Liberal ist, Dinge klar zu benennen, Verbote für die Bürger zu verhindern und abzubauen sowie den Staat einzuschränken und ihn entsprechend mit Verboten zu belegen, wo es aufgrund der Sachzwänge keinen Handlungsspielraum benötigt. Gleichzeitig ist liberal auch, für einen schlanken Staat zu sorgen. Meiner Meinung nach macht der Staat heute zu viel, und dies zu schlecht.

In den nächsten Jahren müssen in unserem Kanton drei wichtige Punkte erreicht werden, damit die Finanzen nachhaltig gesunden: Zuerst müssen die Steuern für natürliche Personen deutlich gesenkt werden, wenn möglich ins vordere Drittel der Kantone. Weiter muss die Schuldenbremse konsequent gelebt werden. Solange der Kanton weiterhin unrealistische Positionen ins Budget setzt, damit die Schuldenbremse nicht aktiviert werden muss, wird auf der Ausgabenseite nichts passieren. Als Letztes muss die Wirkung des Mittelleinsatzes im Kanton überprüft werden, dies kann nur durch eine vom Parlament beauftragte externe Überprüfung geschehen. Wir sind wahrscheinlich unter den ineffizientesten Kantonen der Schweiz, dies zeigt sich unter anderem an der Strassenrechnung, an der Bildung oder am Gesundheitswesen.

Immerhin konnten wir in meiner Amtszeit die Unternehmensbesteuerung deutlich senken und die Vermögenssteuer mit deutlich über 60 Prozent Zustimmung beim Volk ein wenig senken. Diesen Weg müssen wir weiterverfolgen.

Stefan Degen, Gelterkinden

Neujahrsapéro 2025.



Neujahrsapéro der FDP Baselland

Einladung zum entspannten Austausch

Am 16. Januar trafen sich rund 120 Baselbieter Freisinnige zum Neujahrsapéro im neuen Kulturzentrum Setzwerk. Die Baselbieter FDP holte Schwung für das Jahr 2025. Neben politischen Informationen und einer eindrucksvollen Steptanz-Showeinlage boten sich viele Gelegenheiten für Gespräche unter den Mitgliedern.



Balz Stückelberger.

Das «Setzwerk»

Balz Stückelberger, Sektionspräsident der FDP Arlesheim sowie Vizepräsident der Fraktion, machte einen kurzen Rückblick über die Entstehung des «Setzwerkes», das dort steht, wo früher eine Buchdruckerei stand. Für die FDP Arlesheim sei es wichtig gewesen, dass etwas Aussergewöhnliches realisiert worden sei, das es im Baselbiet nicht gab – mit Fokus auf Musik. Nach einer 40-jährigen «Leidensgeschichte» ist das Kulturzentrum Setzwerk im vergangenen Jahr endlich eröffnet worden, nicht zuletzt dank der Hartnäckigkeit einiger FDP-Exponenten.



Melchior Buchs.

Begrüssungsrede von Parteipräsident Melchior Buchs

Melchior Buchs begrüßte die Anwesenden im für die Region Basel historisch bedeutsamen Arlesheim.

Der Jahresbeginn ist der Augenblick, kurz zurück-, aber vor allem vorauszuschauen. Und so folgten ein paar Gedanken zur heutigen Zeit und zur Zukunft:

«Liberale Werte haben es heute nicht einfach. Rechtsnationalistisches Gedankengut ist im Aufwind, und die Demokratie wird infrage gestellt. Ereignisse wie die Pandemie und die Kriege in der

Ukraine und im Nahen Osten sowie grundlegende Veränderungen durch die Globalisierung, die Digitalisierung und den gesellschaftlichen Wandel führen bei vielen Menschen zu Ängsten, Unsicherheit und Überforderung. Auch wir Liberalen müssen die Gemütslage vieler Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Uns auf eine rationale Sachpolitik zu konzentrieren, genügt nicht. Hier als FDP den richtigen Weg zu finden, ist eine grosse Herausforderung. Und so wollen wir im Hinblick auf die Wahlen 2027 und 2028 frühzeitig unsere Kernthemen fixieren und proaktiv bewirtschaften, z. B. mit Vorstössen im Landrat. Wir wollen mit unserer Politik stärker und besser wahrgenommen werden. Dazu müssen wir auch unsere Kommunikation den heutigen Bedürfnissen anpassen und ausbauen. Die Zusammenarbeit mit den Sektionen und ihre Unterstützung sind prioritär. Wir können unsere Ziele nur gemeinsam erreichen. Daher braucht es das Engagement aller Sektionen und jedes einzelnen Mitglieds. Dafür danke ich Ihnen herzlich.»

Die Showeinlage

Mit ihrer Showeinlage verzauberten die beiden national und international erfolgreichen Steptanztalente Nives Tamarut (13, aus Reinach) und Vince Bürki (15, aus Arlesheim) das Publikum. Die Freude und die Energie der beiden übertrugen sich auf die FDPler und sind hoffentlich ein gutes Omen für das Jahr 2025.

Polit-Talk

Ein weiteres Highlight des Abends war der Polit-Talk, in dem der neue Fraktionspräsident und Ge-

Noch ein Wort zu den kommenden Abstimmungen

Die FDP sagt klar Nein zur Mindestlohninitiative. Die Initiative tönt sozial, ist aber das Gegenteil. Auch ein klares Nein sagen wir zur Wahlrechtsreform. Der Nutzen der Reform kann maximal als homöopathisch bezeichnet werden.

Bitte gehen Sie an die Urne und nehmen Sie Ihr demokratisches Recht wahr!

«Wir können unsere Ziele nur gemeinsam erreichen. Daher braucht es das Engagement aller Sektionen und jedes einzelnen Mitglieds. Dafür danke ich Ihnen herzlich.» **Melchior Buchs**



Neuer Präsident im Verfassungs- und Verwaltungsrecht

Dr. iur. Pascal Leumann wurde gleichentags an der Landratssitzung – sehr zum Stolz der FDP-Fraktion – als neuer Präsident der Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht des Kantonsgerichts angelobt. Auch als ehemaliger Gemeinderat von Arlesheim wurde ihm von Balz Stückelberger, nach Arleser Tradition, ein Essenskorb mit lokalen Leckereien überreicht.



Melchior Buchs, Markus Eigenmann und Alain Bai.

meinderat von Muttenz, Alain Bai, und der Arlesheimer Gemeindepräsident Markus Eigenmann Melchior Buchs Rede und Antwort standen.

Alain Bai sieht drei Schwerpunkte in den Herausforderungen des Kantons im Jahr 2025. Es sind dies die Gesundheitspolitik und -versorgung, die Finanzstrategie des Regierungsrates sowie die Verkehrspolitik. Als Neuling im Amt möchte er, gestützt durch seinen Vorgänger Andreas Dürr, in seine Aufgabe hineinwachsen und Lösungen zu den oben genannten Schwerpunkten mit Vorstössen vorantreiben. Auch ist es ihm wichtig, die mediale Begleitung der Fraktion zu verstärken, damit

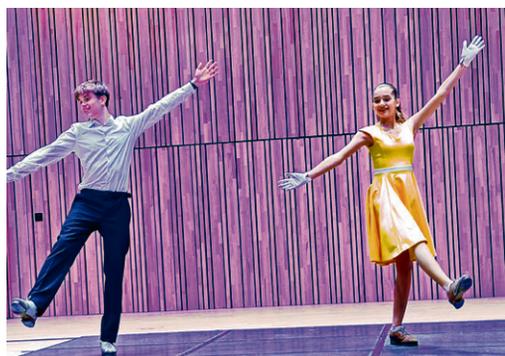
die Bevölkerung sieht, dass sich die FDP für sie einsetzt. Unter anderem auch damit, dass sie den Kanton auffordert, sich für attraktive und steuerlich wettbewerbsfähige Gemeinden einzusetzen. Die Gemeinden sind in der FDP-Fraktion gut vertreten, insbesondere auch mit der Präsidentin des VBLG, Nadine Jermann, die an der heutigen Landratssitzung als Landrätin angelobt wurde.

Markus Eigenmann sieht im Birstal mit dem zusätzlich geschaffenen Wohnraum und neuen Arbeitsplätzen eine grosse Herausforderung bei der Mobilität auf die Gemeinden zukommen. Auch die Demografie, mit der immer älter werden-

den Bevölkerung, wird die Gemeinden zum Umdenken zwingen. So ist man jetzt schon in Arlesheim dabei, zentrumsnahen Wohnraum zu schaffen. Eigenmann will den Gemeinderat in diesem Jahr in der neuen Zusammensetzung stärken und als Präsident des Vereins Birsstadt dessen Ziele und Aufgaben überdenken und allenfalls Anpassungen vornehmen.

Dank

Zum Abschluss des abwechslungsreichen Abends bedankte sich Melchior Buchs bei den Mitgliedern der FDP Arlesheim, die unter der Leitung von Hannes Felchlin für den Saal und die Technik verantwortlich waren, und überreichte ein Roll-up zur weiteren guten Sichtbarkeit der starken Ortspartei (sie hat einen Wähleranteil von 30 Prozent). Der Apéro von Fredy Schärmeli, Inhaber der Culinarium AG, Arlesheim, wurde mit grossem Applaus verdankt. Auch Christophe Bürki, der für die Showeinlage verantwortlich war, sowie Thekla Homberger, Geschäftsführerin FDP BL, die für die Gesamtorganisation des Neujahrsapéros zuständig war, wurde ein grosser Dank ausgesprochen.



Vince Bürki und Nives Tamarut.



Balz Stückelberger und Melchior Buchs.

Thekla Homberger,
Geschäftsführerin FDP Baselland



Am 9. Februar 2025 kommen in den Kantonen Baselland und Solothurn je eine Gewerkschaftsinitiative zur Einführung eines kantonalen Mindestlohns zur Abstimmung. Regierungsrat und beide Parlamente lehnen die Initiativen klar ab, denn Löhne sollen nicht von der Politik festgelegt werden. Im Kanton Baselland spricht sich ein überparteiliches Komitee aus Vertreterinnen und Vertretern der FDP, EVP, GLP, Mitte und SVP gegen die Initiative aus.

Schwächt die Sozialpartnerschaft

Die Mindestlohn-Initiative im Kanton Baselland fordert die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 22 Franken pro Stunde. Es gibt keine Ausnahme für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die einem Gesamtarbeitsvertrag oder Normalarbeitsvertrag (NAV) mit Mindestlöhnen unterstellt sind. Damit würden die sozialpartnerschaftlich nach Branche ausgehandelten Mindestlöhne von der Politik übersteuert und die Sozialpartnerschaft geschwächt. Die Sozialpartnerschaft ist ein prägendes Merkmal der schweizerischen Arbeitsmarktpolitik und geht damit einher, dass sich der Staat aus der Lohnbildungspolitik weitgehend zurückhält. Das hat sich bewährt und muss geschützt werden.

Mindestlohn gefährdet Arbeitsplätze der Schwächsten

Wenn aufgrund eines kantonalen Mindestlohnes

zwingend Löhne bezahlt werden müssen, die durch die reale Wertschöpfungskraft in der betreffenden Branche oder Firma nicht erarbeitet werden können, droht ein Verlust von Arbeitsplätzen, die Reduktion von Pensen und die Nichtwiederbesetzung von Stellen. Gerade bei Arbeitsplätzen mit tiefen Löhnen (beispielsweise Hilfs- und Gelegenheitsjobs, Einsteiger- und Wiedereinsteigerstellen) ist die Bruttowertschöpfung der verrichteten Arbeiten zu tief, als dass damit die geforderten Mindestlöhne bezahlt werden können. Dies würde vor allem Stellen für Menschen ohne Ausbildung oder mit Leistungseinschränkungen betreffen. Der Arbeitsmarkt würde seine Integrationsfähigkeit verlieren. Solche Arbeitsplätze sind eine wichtige, niederschwellige Chance, um im Arbeitsmarkt Fuss zu fassen, sich zu bewähren und weiterzuentwickeln. Staatliche Mindestlöhne schaden also genau jenen Personengruppen, welche sie zu schützen vorgeben.

Hilft nicht zur Armutsbekämpfung

Armutsbetroffen sind meist Personen, die keine Arbeit haben oder nur niederprozentig arbeiten (können). Der grosse Teil der Menschen, welche Vollzeit arbeiten, können ihre Lebenskosten selbst bestreiten. Oftmals sind Personen, die gemäss Statistik wenig verdienen, in Ausbildung, im Studium, arbeiten nicht Vollzeit oder sie tragen nicht das Haupteinkommen des Haushalts. Die Lebenssituation der Personen wird in der Statistik nicht abgebildet. Ein hohes Beschäftigungsniveau und eine tiefe Arbeitslosigkeit sind zentrale Erfolgsfaktoren zur Armutsbekämpfung. Es ist deshalb wichtig, dass möglichst viele Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Ein kantonaler Mindestlohn verunmöglicht das.

Schwächt die Berufsbildung

Wenn man ohne Berufslehre 22 Franken pro Stunde und mehr verdienen kann, schwindet der Anreiz für Jugendliche, eine Berufslehre zu absolvieren. Dies würde die Anerkennung der Berufslehren weiter schwächen, wodurch unseren KMU künftig gut ausgebildete Fachkräfte fehlen würden. Der Anteil Ungelernter (Hilfsarbeiter), die einen Beruf ausführen, würde steigen. Dies in einem Arbeitsmarkt, in dem es heute schon gleichzeitig einen Fachkräftemangel und die höchste Arbeitslosigkeit bei Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeitern gibt.



Saskia Schenker, Landrätin, Direktorin Arbeitgeberverband Region Basel, Itingen

Jetzt die Nein-Kampagne unterstützen und dem überparteilichen Nein-Komitee beitreten unter: www.nein-mindestlohn-bl.ch

NEIN ZUR WAHLRECHTSREFORM

UNNÖTIG UNFAIR

Schwächt Randregionen

Sitzsprünge werden nicht verhindert

Schafft neue Probleme

FDP
Die Liberalen
Baselland

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Nein am 9. Februar

Die Baselbieter Wahlrechtsreform ist unnötig und schafft neue Ungerechtigkeiten. Die FDP lehnt die Reform ab.

Wir leben im Baselbiet in schwierigen Zeiten: Das Geld fehlt an allen Ecken und Enden, die Kosten für Gesundheit, Soziales und Bildung schiessen durch die Decke, das Wirtschaftswachstum kommt nicht vom Fleck und die Verkehrsinfrastruktur ist am Anschlag. Und just in dieser Situation erachtet es eine Mehrheit aus Mitte-Links für angemessen, über die Einführung der «doppelproportionalen Divisormethode mit Standardrundung gemäss dem Modell des doppelten Pukelsheim» zu philosophieren.

Dieser sperrige Ausdruck liegt der Wahlrechtsreform zugrunde, über die wir am 9. Februar 2025 abstimmen werden. Sie wurde von kleinen Parteien angestossen und soll diesen bereits bei den Landratswahlen 2027 schöne Sitzgewinne bescheren. Die FDP gehört gemäss Modellrechnungen weder zu den Gewinnern noch zu den Verlierern der Reform. Deshalb sind wir die Einzigen, die mit neutralem Blick auf die Vorlage schauen. Und dieser zeigt ein klares Bild: Die Reform ist unnötig, kompliziert, unfair und steht völlig quer in der Landschaft.

Das bisherige Wahlverfahren für den Landrat ist bestens bewährt. Seit 1919 gilt im Baselbiet das

Verhältnisswahlverfahren, bei dem die Gemeinden in zwölf Wahlkreise und vier Wahlregionen zusammengefasst werden. Um zu ermitteln, wer als Landrätin oder Landrat gewählt ist, wird zuerst festgelegt, wie viele Sitze einer Partei in einer Wahlregion zustehen. Danach erfolgt die Aufteilung auf die Wahlkreise, wobei jeder Wahlkreis mindestens Anspruch auf sechs Sitze hat. Die in diesem System typischen Restmandate entstehen, weil bei der ersten Verteilung der Sitzanspruch abgerundet wird. Aus den Rundungsdifferenzen ergeben sich dann die Restmandate.

Das aktuelle System ist gewiss nicht einfach. Aber es gibt kein einfaches Wahlsystem. Auch der neue Vorschlag ist komplex. Nach dem Konzept des «doppelten Pukelsheim» werden in einer ersten Verteilung alle Mandate, die einer Partei zustehen, aufgrund der Stimmzahlen für den ganzen Kanton ermittelt. Danach erfolgt die sogenannte Unterverteilung, bei der die Anzahl Mandate pro Partei auf die Wahlkreise verteilt werden. Dazu muss zunächst ein Divisor berechnet werden, durch den die Wählerzahlen geteilt werden. Die Wahlregionen werden aufgehoben und die Wahlkreise haben nur noch einen garantierten Sitz.

Die Befürworter argumentieren, dass das neue System den Wählerwillen besser abbilde und damit die Demokratie stärke. Bei genauem Hinsehen ist aber gerade das Gegenteil der Fall: Mit der massiven Reduktion der Mindestsitzzahlen der Wahlkreise werden bevölkerungsschwache Regionen und Täler untervertreten, was demokratiepolitisch heikel ist und den Zusammenhalt im Baselbiet schwächt. Zudem wird es auch beim neuen Modell zu den oft kritisierten Sitzsprüngen zwischen den Wahlkreisen kommen. Unter dem Deckmantel der Demokratiestärkung wird also versucht, rechtzeitig vor den nächsten Wahlen ein neues System einzuführen, das die Partikularinteressen von kleineren Parteien bedient.

Die FDP hat den Prozess der Wahlrechtsreform von Anfang an als akademische Papierübung bezeichnet und die Vorlage im Landrat abgelehnt. Das bisherige System bildet den Wählerwillen korrekt ab und es besteht kein Anlass für eine kostspielige Umstellung, die höchstens Verbesserungen im Mikrobereich bringen wird. Letztlich wird ein komplexes System durch ein noch komplexeres System ersetzt, das neue Ungerechtigkeiten schafft. Die Vorlage schiesst damit deutlich am Ziel vorbei. Deshalb: Nein am 9. Februar 2025 zur unnötigen Wahlrechtsreform!



Balz Stückelberger,
Vizepräsident der Landratsfraktion, Arlesheim

Ein besonderes Weihnachtsgeschenk

für die Jungfreisinnigen BL

Der Baselbieter Jungfreisinn durfte sich über ein besonderes Weihnachtsgeschenk freuen: Der Regierungsrat hat auf unsere Petition zur Einführung einer Podcast-Pflicht an der FHNW und der Universität Basel reagiert.

 **Jungfreisinnige**
Kanton Baselland

Lasst uns **gemeinsam**
die Kantonsfinanzen
retten mit deiner

Unterschrift

zur
Kostensenkungs-Initiative

Die Petition fand breite Beachtung und im Dezember kündigte der Regierungsrat an, eine neue Strategie für die digitale Lehre zu entwickeln. Ein Erfolg, der zeigt, dass unser Einsatz Wirkung zeigt. Besonders erfreut ist der Vorstand, dass das erste Projekt direkt Früchte trägt.

Ein zentrales Anliegen unserer Partei bleibt die finanzpolitische Nachhaltigkeit. Mit der «Kostensenkungsinitiative» haben wir eine langfristig ausgerichtete Lösung präsentiert, die statt kurzfristiger Massnahmen auf strukturelle Reformen setzt. Ziel ist eine schlankere und effizientere Verwaltung, die mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält. Angesichts eines Verhältnisses von einer Kantonsstelle auf 67 Einwohnerinnen und Einwohner sehen wir grosses Potenzial für Optimierungen – getreu unserem Motto «Mehr Freiheit, weniger Staat».

Auch organisatorisch war das Jahr 2024 erfolgreich: Über 600 Plakatstandorte wurden bei verschiedenen Aktionen im Kanton aufgehängt. So konnten wir die freisinnigen und jungfreisinnigen Positionen einer breiten Öffentlichkeit präsentieren. Doch unser Engagement endet nicht mit dem Jahreswechsel: Bereits im Januar starten wir die nächste Kampagne. Der Freisinn wird sich mit Nachdruck gegen die geplante Mindestlohn-Initiative positionieren – die ersten 200 Plakatstandorte wurden bereits aufgehängt.

Neben den politischen Aktivitäten kam auch der Zusammenhalt nicht zu kurz. Gemeinsam mit dem Jungfreisinn Basel-Stadt haben wir einen Stammtisch ins Leben gerufen, der den Austausch zwischen Mitgliedern und Interessierten fördert. In lockerer Runde trafen wir uns viermal in der Markthalle, um Freundschaften zu knüpfen, Ideen zu diskutieren und neue Projekte anzustossen.

Mit einer wachsenden Basis – sechs neue Mitglieder konnten wir 2024 willkommen heissen – und einem klaren Kurs blicken wir zuversichtlich ins neue Jahr. Der Vorstand freut sich darauf, auch 2025 engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter willkommen zu heissen, die gemeinsam mit uns liberale Politik für das Baselbiet gestalten möchten.



Oliver Fischer, Vizepräsident Jungfreisinnige BL

Voller Einsatz für die Schweiz

2024 in drei Bildern

Richtungsweisende Entscheide der Delegierten:



Die FDP-Delegierten haben 2024 Positionspapiere zur Rettung der Volksschulen und zur Bekämpfung der illegalen Migration verabschiedet. Beide Papiere führten zu schweizweiten Debatten. Die FDP bleibt mit konkreten Lösungsansätzen an diesen wichtigen Themen dran.

Linke Kostenbombe gebodigt:



Unter der Führung der FDP konnte die sogenannte Prämieninitiative von SP und Gewerkschaften bekämpft und gebodigt werden. Diese linke Kostenbombe hätte zu jährlichen Zusatzkosten von 1500 Franken pro Haushalt geführt.

Erfolgreiche Wahlen:



Die FDP konnte 2024 in verschiedenen Gemeinden und Kantonen zulegen. Vor allem in der zweiten Jahreshälfte durften verschiedene Sektionen einen Vertrauensbeweis für ihre bürgerlich-liberale Politik entgegennehmen.

Die Heuchelei von Imark und den Linken

Sessionsrückblick

Am Ende kann man es nennen, wie man will. Subventionen bleiben Subventionen und Industriepolitik bleibt Industriepolitik. Mit den Subventionen für die Stahlwerke sägt das Schweizer Parlament am Ast, auf dem es sitzt und seinen Wohlstand aufgebaut hat. Die Schweiz braucht gute Rahmenbedingungen und keine Industriepolitik. Unter dem tosenden Beifall der Gewerkschaften hat sich eine schamlose Koalition der Willigen unter der Führung von SVP-Nationalrat Imark durchgesetzt. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes wird eine Branche unterstützt, die unter einem Überangebot leidet. Warum gerade diesen Unternehmen unter die Arme gegriffen wird, bleibt ein Rätsel.

Klar ist aber, dass die hohen Energiepreise ein Problem sind. Hier muss die Schweiz für die Versäumnisse der letzten Jahre büßen. Die

Schweiz braucht eine Stromoffensive und keinen Subventionswettlauf. Der Wohlstand und die starke Industrie der Schweiz basieren auf verfügbarer und günstiger Energie. Die Mehrheit dieses Parlaments hat in den letzten Jahren mit einer verfehlten Energiepolitik zu dieser Misere beigetragen. Grüne und Linke verhalten sich geradezu schizophoren. Einerseits unterstützen sie die Umweltverantwortungsinitiative, die im Februar zur Abstimmung kommt. Diese Initiative will den Verbrauch in der Schweiz um 70 (sic!) Prozent senken und Energie massiv verteuern. Und praktisch im gleichen Atemzug unterstützen sie die grössten Emittenten mit Millionenbeträgen.

Christian Wasserfallen nutzte die Metapher, dass die Linken den Patienten ins Spital prügeln, um ihn dann auf der Intensivstation wiederzubeleben. Ich nenne ein solches Verhalten heuchlerisch.



Christian Steiner, Fraktionssekretär

Nein zur Verarmungsinitiative

Eine Mogelpackung namens «Umweltverantwortungsinitiative»

Die Grünen wollen die Schweiz mit einer Volksinitiative zurück in die Steinzeit katapultieren. Für die Umsetzung ihrer Utopie des Ökosozialismus nehmen sie in Kauf, dass die Schweiz verarmen würde. Bei solchem Unsinn macht die FDP nicht mit. Deshalb haben wir die Führung der bürgerlichen Allianz gegen die Verarmungsinitiative übernommen.



Die Schweiz müsste so arm sein wie diese Länder:

Afghanistan, Angola, Bangladesh, Burundi, RD Congo, Érythrée, Haïti, Madagascar, Malawi, Mozambique, Népal, Pakistan, Tadjikistan, Rwanda, Timor-Leste

Am 9. Februar stimmt die Stimmbevölkerung über die sogenannte Umweltverantwortungsinitiative (siehe Infobox) der Jungen Grünen ab. Eine Annahme der Initiative hätte einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe auf Gesellschaft und Unternehmen zur Folge. Bund und Kantone müssten zu rigorosen Regulierungen und massiven Lenkungsmassnahmen greifen, um die Reduktion innert der gesetzten Frist von 10 Jahren zu erreichen. Betroffen wären insbesondere die Bereiche Mobilität, Ernährung und Wohnen. Global gesehen wäre die Wirkung der Initiative minimal. Der massive Wohlstandsverlust wäre nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Statt des utopischen Alleingangs sollte der eingeschlagene Weg der internationalen Zusammenarbeit weiterverfolgt und ausgebaut werden.

«Für die Umsetzung ihrer Utopie des Ökosozialismus nehmen sie in Kauf, dass die Schweiz verarmen würde.»

Wohlstandsniveau eines Entwicklungslandes droht

Aktuell haben 15 Länder einen planetaren Fussabdruck von unter einer Erde und erfüllen somit die Anforderungen der Initiative. Darunter findet man Länder wie Afghanistan, Haïti und Madagaskar. Diese Länder haben nicht eine effiziente Ressourcennutzung, sondern ein extrem tiefes Wohlstandsniveau aufgrund schwieriger politischer und wirtschaftlicher Umstände, unter denen die Bevölkerung leidet. Die Wirtschaftsleistung dieser Länder ist durchschnittlich 80-mal kleiner als diejenige der Schweiz, und trotzdem ist der ökologische Fussabdruck in der Schweiz nur rund 5-mal grösser als in den oben genannten Ländern (siehe Grafik oben).

Die Initiative trifft alle – und kommt einer sozialpolitischen Bombe gleich

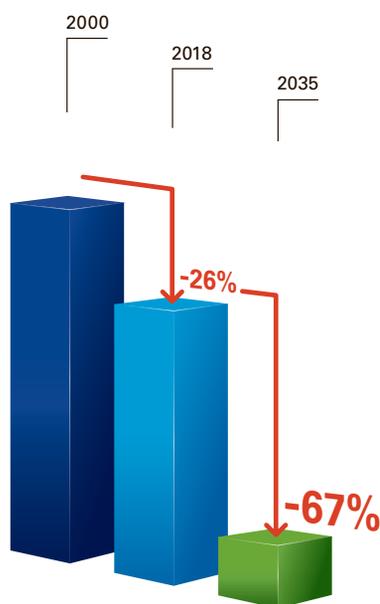
Die Initianten sprechen davon, dass «Profitkonzerne jetzt Verantwortung übernehmen und ihren finanziellen Beitrag für den Wandel der Wirtschaft und Gesellschaft leisten müssen». Sie verschweigen aber gerne, dass die Auswirkungen der Initiative die Ärmsten am meisten treffen. Zum einen explodieren die Preise für Heizung, Benzin und Grundnahrungsmittel, zum anderen müssten staatliche Leistungen radikal gekürzt werden, weil dem Staat die Steuereinnahmen fehlen und er in die Transformation der Infrastruktur investieren müsste. Dies bekräftigte auch Babette Sigg Frank (Konsumentenforum) an der überparteilichen Medienkonferenz am 16. Dezember: «Die Initiative ist ein absoluter Kaufkraftkiller: Explodierende Preise und leere Regale wären die Folge.»

Konsumverzichte und staatliche Eingriffe

Die Forderung der Initiative, dass die Schweiz innerhalb von 10 Jahren ihre Umweltbelastung gesamthaft um rund 67% reduzieren muss, kann nur mit Konsumverzicht und Staatsmassnahmen erreicht werden (siehe Grafik: Radikaler Zeitplan unten).

Radikaler Zeitplan

Gesamtumweltbelastung



In den letzten 18 Jahren wurde die Gesamtumweltbelastung um 26 Prozent gesenkt. Mit dem Öko-Diktat soll er innert 10 Jahren um 67 Prozent gesenkt werden. Das ist utopisch.

Quelle: Treeze GmbH & EBP Schweiz AG. (2022). Umwelt-Fussabdrücke der Schweiz: Entwicklung zwischen 2000 und 2018. Im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt (BAFU)

Der Footprint-Rechner von WWF zeigt auf, mit welchen Massnahmen ein Fussabdruck von 1 oder darunter erreichbar wäre: Verzicht auf tierische Produkte wie Käse, Milch, Eier oder

«Wir wollen selber entscheiden, wann wir wohin reisen oder was wir essen.»

Fleisch. Verzicht auf Autofahren und Fliegen, der öffentliche Verkehr wäre nur noch situativ möglich, mit der Konsequenz, dass man sich nur noch mit dem Velo oder zu Fuss fortbewegen kann. Weiter dürfte man nicht mehr als 20 Franken pro Monat für Bekleidung und nicht mehr als 50 Franken pro Monat für die Freizeit ausgeben. Zudem bräuchte es Zwangssanierungen von Gebäuden, vorgegebene Raumtemperaturen, Verzicht auf «unnötige» Geräte wie Tumbler oder einen zusätzlichen Gefrierschrank.

Der Konsum ist nicht einfach nur Konsum, sondern auch ein Stück Freiheit für mündige Bürger und Bürgerinnen: Wir wollen selber entscheiden, wann wir wohin reisen, was wir essen oder welche Freizeitaktivitäten wir pflegen. Das soll uns keine ideologische Partei mit einer verfehlten Volksinitiative vorschreiben.

Die Schweiz ist auf gutem Weg

Die Initiative ist nicht nur unrealistisch, sondern auch unnötig. Die mit der Umweltverantwortung verbundenen Grundsätze sind bereits in unserer Verfassung verankert. So ist die Schweiz in Artikel 73 in der Bundesverfassung verpflichtet, «ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits» anzustreben.

Am 9. Februar stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die sogenannte Umweltverantwortungsinitiative (Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen») ab.

Diese wurde von den Jungen Grünen eingereicht und wird von linken Parteien und Umweltverbänden unterstützt. Bundesrat, Nationalrat und Ständerat lehnen die extreme Initiative ohne Gegenvorschlag ab.

Die Initiative fordert eine drastische Reduktion des Ressourcenverbrauchs und des Schadstoffausstosses innert 10 Jahren. Die Schweiz soll bis 2035 die planetaren Grenzen nicht mehr überschreiten. Das bedeutet, dass die Schweizer Bevölkerung ihren ökologischen Fussabdruck so weit reduzieren muss, dass alle Menschen auf der Welt gleich viele Ressourcen verbrauchen könnten, ohne den Planeten überzubeanspruchen.

Wir sind auf einem guten Weg: Der Schweiz ist es gelungen, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.

Die Schweiz hat ihre industrielle Wertschöpfung seit 1990 mehr als verdoppelt und dabei die Emissionen um fast die Hälfte gesenkt. Durch Fortschritt und Innovation werden wir immer näher an die planetaren Grenzen rücken. Diese Entwicklung lässt sich aber nicht in wenigen Jahren erzwingen, ohne erhebliche Rückschritte in Kauf zu nehmen.

Die Initiative gefährdet das Wohlergehen der hoch innovativen Schweiz, die zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt. Um wirksame Massnahmen gegen den Klimawandel voranzutreiben, sind innovative Unternehmen und internationale Abstimmungen die beste Lösung.



Nadine Racine,
Campaignerin

Die Umweltpolitiker der FDP sagen Nein

zur schädlichen Verarmungsinitiative



Christian Wasserfallen,
Nationalrat aus dem
Kanton Bern und
Mitglied der Kommission
für Umwelt, Raumplanung
und Energie

«Die Verarmungsinitiative will die Schweiz innerhalb von 10 Jahren zu einem Entwicklungsland degradieren. Unsere Wirtschaft würde auf den Stand von Ländern wie Haiti oder Angola schrumpfen. Wohlstand und soziale Errungenschaften sind damit in akuter Gefahr. Ökosozialismus und Konsumverbote will niemand.»



Thierry Burkart,
Ständerat aus dem
Kanton Aargau und
Mitglied der Kommission
für Umwelt, Raumplanung
und Energie

«Eine Annahme dieser Initiative hätte einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe in unser Leben und unsere Freiheit sowie diejenige unserer KMU zur Folge. Staaten wie Afghanistan, Haiti oder Madagaskar erfüllen die Anforderungen der Initiative. Wollen wir dieses Niveau für die Schweiz? Nein, denn nur Staaten mit hohem Wohlstand können dem Umweltschutz hohe Priorität einräumen. Statt eines utopischen Alleingangs sollte die Schweiz den eingeschlagenen Weg der griffigen, sozial- und wirtschaftsverträglichen Klima- und Umweltpolitik weiterverfolgen.»



Susanne Vincenz-Stauffacher,
Nationalrätin aus dem
Kanton St. Gallen und
Mitglied der Kommission
für Umwelt, Raumplanung
und Energie

«Selbstverständlich ist mit Ressourcen schonend umzugehen. Ein Blick auf die Welt zeigt aber, dass ein tiefer Ressourcenverbrauch nicht ein Zeichen von Nachhaltigkeit, sondern eines von Armut ist.

Die wenigen Länder, welche die Initiative erfüllen, sind keine Vorreiter der Nachhaltigkeit. Die Menschen dort leben vielmehr aus purer Not innerhalb dieser Grenzen. Dies kann für uns kein Ziel sein. Mit Innovation und Fortschritt werden wir aber den eingeschlagenen Weg zu mehr Effizienz fortsetzen.»



Damian Müller,
Ständerat aus dem
Kanton Luzern und
Mitglied der Kommission
für Umwelt, Raumplanung
und Energie

«Die Umweltverantwortungsinitiative stellt eine Bedrohung für die Schweiz dar. Mit drastischen Konsumreduktionen von 67 Prozent fordert sie ein unrealistisches Mass an Einschnitten, das Unternehmen zu tiefgreifenden Umstellungen zwingt. Branchen wie Mobilität, Ernährung und Wohnen würden durch Verbote und extreme Kostensteigerungen nahezu lahmgelegt. Das bedeutet weniger Innovation, Arbeitsplatzverluste und eine geringere Wettbewerbsfähigkeit.»

**Hilf mit
das Öko-Diktat
zu stoppen!**

nein-zur-verarmungsinitiative.ch



Bild: iStock



Die Verhandlungen über die neuen bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) sind abgeschlossen. Das Resultat ist deutlich besser als bei früheren Versuchen. Die FDP prüft nun sorgfältig, ob die Vorteile für die Schweizer Bevölkerung und die Unternehmen überwiegen.

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) sind für die FDP von grosser Bedeutung. Die EU und ihre Mitgliedsländer sind unsere wichtigsten Handelspartner, und wir teilen eine gemeinsame Geschichte und Kultur. Verlässliche und stabile Beziehungen sind ein Schlüsselfaktor für unseren Wohlstand und die Stabilität der Schweizer Wirtschaft.

Besseres Ergebnis als 2021

Das heute vorgestellte Verhandlungsergebnis übertrifft die Resultate des letzten Anlaufs im Jahr 2021. Das zeigt: Der damalige Abbruch der Verhandlungen war richtig. Diesmal hat der Bundesrat mehr erreicht:

- **Kein Rahmenabkommen:** Stattdessen einzelne Verträge mit der EU, genau wie bei den Bilateralen I und II. Wir entscheiden selber, ob wir nur die bisherigen Bilateralen stabilisieren oder auch neue Verträge wollen – beispielsweise beim Strom.
- **Verbesserte Schutzklausel:** Eine optimierte Schutzklausel schafft offenbar Möglichkeiten, die Zuwanderung mit innenpolitischen Instrumenten besser zu steuern.

- **Mehr Rechtssicherheit:** Die Schweiz kann ein unparteiisches Schiedsgericht anrufen, wenn die EU sich unfair verhält.

So entscheidet die FDP

Wie jeder Vertrag enthalten auch die neuen Bilateralen Vor- und Nachteile. Die FDP verfährt nach der bewährten Maxime: Trau, schau, wem. Wir jubeln die Verträge weder hoch noch verdammten wir sie. Sicher nicht, bevor wir jede Zeile sorgfältig gelesen und geprüft haben, die der Bundesrat nun vorlegt. Profitieren die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen – oder überwiegen die Nachteile? Mit anderen Worten: Nützen die neuen Verträge der Schweiz?

Über diese Frage wird unsere Basis an einer Delegiertenversammlung entscheiden. Dazu verpflichtet sich heute die Parteileitung der FDP Schweiz. Und darauf arbeitet eine Gruppe von zwölf Liberalen hin, die ihre Überlegungen mit der Parteibasis teilen werden. Dieses Versprechen – an die FDP, aber auch an die Schweiz – finden Sie auf Seite 15.

Kein Spielraum beim liberalen Arbeitsmarkt

Fragwürdig ist die Rolle der Gewerkschaften. Sie interessieren sich nicht für den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger, sondern einzig dafür, wie sie auf deren Buckel ihre Kassen füllen. Seit Monaten fordern die Gewerkschaftsbosse Massnahmen, um den liberalen Arbeitsmarkt zu demontieren. Und sie drohen: Wenn ihr uns nicht teuer bezahlt, so sprengen wir die Bilateralen in die Luft. Bei der FDP drohen sie vergeblich. Unsere Partei wird den liberalen Arbeitsmarkt nicht preisgeben.



Bleiben Sie informiert!
Hier finden Sie unsere
Medienmitteilungen.

Medienmitteilung der FDP Schweiz vom
20. Dezember 2024

FDP
Die Liberalen

NEUE BILATERALE VERTRÄGE: WIE DIE FDP ENTSCHEIDET

Wir, zwölf Mitglieder der FDP, Die Liberalen Schweiz, halten fest:

1. **Wir wollen die Freiheit und Souveränität der Schweiz bewahren und über die Geschicke unseres Landes auch in Zukunft selbst entscheiden.**
2. **Wir wollen den Wohlstand erhalten, den sich unser Land mit Fleiss, Geschick, unter glücklichen Umständen und mit enger wirtschaftlicher Vernetzung erarbeitet hat.**

Diese Ziele einen uns. Manchmal verlangen sie Abwägungen. So auch bei den neuen Verträgen mit der EU. Die FDP stand schon immer zum Bilateralen Weg – im Interesse der Schweiz. Stets haben wir die Bilateralen I und II verteidigt.

Offen ist unsere Position zu den neuen Verträgen. Entscheiden darüber werden die Delegierten der FDP. Zur Vorbereitung dieses Entscheids analysieren wir die Verträge und bewerten ihre Vor- und Nachteile gemeinsam, jede und jeder aus der eigenen Perspektive. Auf Bitte der Parteipräsidentenkonferenz übernehmen wir folgende Aufgaben:

- A. **Erarbeitung von Vorschlägen, die den Delegierten der FDP unterbreitet werden und die Haltung der FDP zu den Verträgen und deren inländischer Umsetzung definieren.**
- B. **Vernehmlassung dieser Vorschläge in den Parteigremien, in der eidgenössischen Fraktion und Präsentation der Vorschläge gegenüber den Delegierten.**

In unserer Arbeit wie in der öffentlichen Debatte pflegen wir den respektvollen Widerspruch. Wir hinterfragen die Analysen, nicht die Intentionen unserer Mitsreiterinnen und -streiter. Wenn wir einzeln Position beziehen, sprechen wir nie für die ganze Partei.

Als Mitglieder der FDP kämpfen wir alle für liberale Werte: für die Freiheit und den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger. Dafür stehen wir gemeinsam ein.

DAMIEN COTTIER
Nationalrat NE, Fraktionspräsident

NATHALIE FONTANET
Regierungsrätin GE, KDK-Vorstandsmitglied

SIMONE GIANINI
Nationalrat TI

SIMON MICHEL
Nationalrat SO, Mitglied APK-N

CHRISTELLE LUISIER
Regierungsrätin VD

PHILIPPE MÜLLER
Regierungsrat GE

HANS WICKI
Ständerat NW, Gruppenschef SR

CHRISTIAN WASSERFALLEN
Nationalrat BE

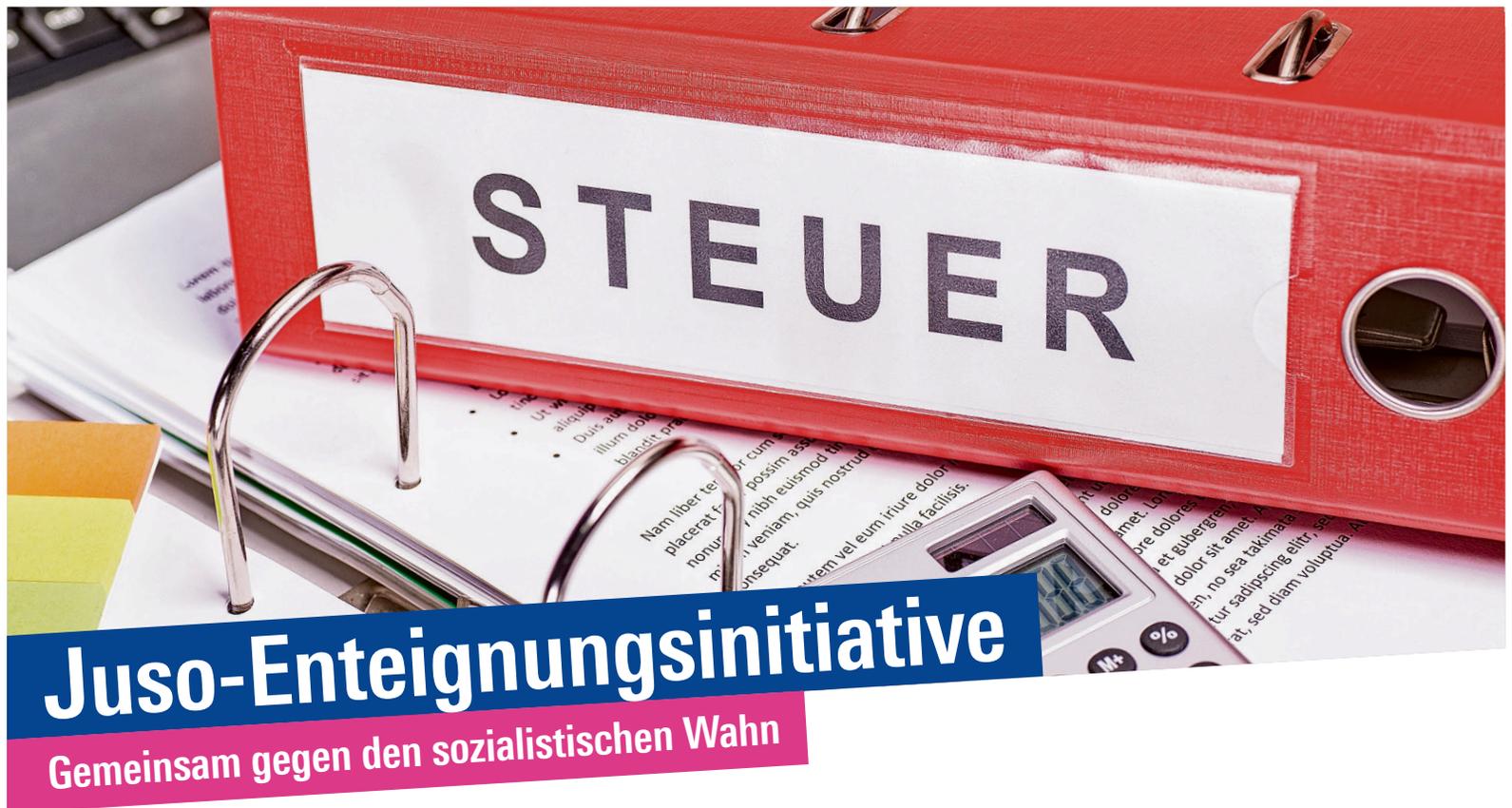
FILIPPO LEUTENEGER
Kantonspräsident ZH

LAURENT WEHRLI
Nationalrat VD, Mitglied APK-N

SUSANNE
VINCENZ-STAUFFACHER
Nationalrätin SR, Präsidentin FDP Frauen

MATTHIAS MÜLLER
Vizepräsident ZH und ehem. JF-Präsident

Bild: iStock



SP und Juso blasen zur Treibjagd auf die besten Steuerzahler und wollen dem bereits heute geschröpften Mittelstand zusätzliche Steuern von 3,7 Milliarden pro Jahr aufbürden. Für ihren Traum vom Sozialismus ist den Genossen alles recht: Dass Tausende Arbeitsplätze verschwinden würden, scheint sie nicht zu kümmern.

Die sozialistischen und komplett weltfremden Träumereien der Juso gehören mittlerweile zur politischen Auseinandersetzung wie der Deckel zum Topf. In regelmässigen Abständen lanciert die Jugendabteilung der SP klassenkämpferische Volksinitiativen, die den Genossen Marx mit Stolz erfüllt hätten, von der Schweizer Stimmbevölkerung aber hochkant abgeschmettert werden. Die jüngste Initiative weist allerdings eine neue Qualität auf: Die geeinte SP-Spitze ist im Initiativkomitee vertreten. Damit ist klar: Die Enteignungsinitiative ist brandgefährlich!

Das fordert die Initiative

Mit der Initiative fordern SP und Juso eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen ab 50 Millionen Franken – ohne Ausnahmen und zusätzlich zu allen kantonalen Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern. Ausserdem fordert die Initiative, dass die Enteignung unmittelbar ab der Abstimmung gilt – noch bevor sich der Bundesrat und das Parlament mit der Umsetzung auseinandersetzen konnten. Das ist höchst undemokratisch und schafft Rechtsunsicherheiten! Deshalb verdient die Enteignungsinitiative ein klares Nein.

Kahlschlag im Service Public

Die potenziell von der Initiative betroffenen Personen und Unternehmen leisten heute einen wesentlichen Beitrag zum Steueraufkommen in der Schweiz: Nur 3 Prozent der Unternehmen bezahlen 90 Prozent der direkten Bundessteuer. Und nur 1 Prozent der Steuerzahler bezahlen 44 Prozent der Vermögenssteuern. Verlassen diese aufgrund einer neuen Erbschafts- und Schenkungssteuer die Schweiz, kommt es zu massiven Steuerausfällen. Der Bundesrat rechnet in seiner Botschaft vor: Bei einer Annahme der Enteignungsinitiative kommt es zu Steuerausfällen von bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr.

Dieses Geld würde dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden schmerzlich fehlen. Diese müssten bei Schulen, öffentlichem Verkehr und Freizeitangeboten sparen. Die sozialistische Initiative von SP und Juso hätte demnach einen Kahlschlag im Service Public zur Folge.

Steuerhammer für den Mittelstand

Um den Kahlschlag im Service Public zu verhindern, müssten all diejenigen, die jeden Morgen den Wecker stellen und zur Arbeit gehen, die Milliardenausfälle mit höheren Steuern kompensieren.

Der Kanton Aargau rechnete jüngst vor: Die Ausfälle aufgrund der Juso-Enteignungsinitiative könnten «mit einer Erhöhung des ordentlichen Steuerfusses um 1,2 Prozentpunkte[n] kompensiert werden». Eine saftige Rechnung für den Mittelstand!

Damit ist klar: Die perfide Enteignungsinitiative ist nichts anderes als ein Frontalangriff auf den bereits heute stark belasteten arbeitenden Mittelstand und auf die KMU.



Lukas Aecherli,
Leiter digitale Projekte und Campaigner

Jetzt engagieren!

Kämpfen Sie mit uns gegen die Juso,
die SP und den Sozialismus

Die FDP lehnt die Enteignungsinitiative der Juso ab und wird sie zum Wohle derjenigen, die selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen und nicht auf Kosten der Allgemeinheit leben wollen, entschieden bekämpfen. Kämpfen Sie mit uns gegen dieses sozialistische Vorhaben. Mit vereinten freisinnigen Kräften werden wir diese Initiative deutlich versenken können.

Komitee beitreten und Enteignungsinitiative bekämpfen:



Hier geht's
zum Komitee



**WOLLEN WIR EINE SOLCHE SCHWEIZ?
Jetzt JUSO stoppen!**

Mein erstes Jahr im Bundeshaus

Zwischen Beruf, Privatleben und Politik

Seit einem Jahr gehören Bettina Balmer, Pascal Broulis und Simone Gianini dem nationalen Parlament an. Die drei FDP-Politiker geben Einblick in ihren neuen Alltag, in die Freuden und Frustrationen in der politischen Arbeit. Sie erzählen von ihren politischen Prioritäten und den prägendsten Momenten ihres ersten Jahres in Bern.



**Nationalrätin
Bettina Balmer
ZH**

Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Es gibt noch mehr Politik in meinem Leben. Der neue Arbeitsort in Bern bedeutet, dass ich häufig mit dem Zug unterwegs bin. Beruflich arbeite ich weiterhin zu 50 Prozent als Kinderchirurgin auf einer Notfallstation in Zürich und bin froh, dass sich mein Dienstplan mit meiner politischen Tätigkeit vereinbaren lässt. Die Koordination aller Termine ist manchmal eine echte Herausforderung, aber meine persönliche Mitarbeiterin unterstützt mich tatkräftig dabei, alles unter einen Hut zu bringen.

Sie sind Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?

Das neue Bildungspapier der FDP Schweiz ist eine wichtige Grundlage, welche die Prioritäten im Bildungsbereich sehr gut zusammenfasst. Die Botschaft für Bildung, Forschung und Innovation sowie die Kulturbotschaft legen die Schwerpunkte für die Jahre 2025 bis 2028 in den entsprechenden Bereichen fest. Ich persönlich finde Bildung und Kunst wichtig, denke aber, dass der Spagat zwischen dem Wünschbaren und dem finanziell Machbaren auch hier eine grosse Herausforderung darstellt. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist zentral.

«Das neue Bildungspapier der FDP Schweiz ist eine wichtige Grundlage, welche die Prioritäten im Bildungsbereich sehr gut zusammenfasst.»

Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Nationalrätin?

Ein Höhepunkt war sicher die erste Session: So viele Eindrücke! Die Vereidigung war sehr feierlich und die Bundesratswahlen haben gezeigt, dass man jetzt mittendrin ist. Besonders gefällt mir, dass man als Nationalrätin wirklich etwas bewegen kann. Ich habe dazu beigetragen, dass monoklonale Antikörper gegen RSV, also ein Schutz gegen die häufigen und für Säuglinge und Kleinkinder gefährlichen Atemwegsinfektionen, noch in diesem Winter zur Verfügung stehen. Das erspart viel Leid und durch weniger Krankenhausaufenthalte auch Kosten.



**Gabrielle De Simone,
Mitarbeiterin Kommunikation**



**Ständerat
Pascal Broulis
VD**

Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Wegen der vielen Kommissionssitzungen reise ich oft nach Bern und übernachtete dort. Das verändert meine Gewohnheiten. Das Umfeld im Bundeshaus und die Stadt Bern sind zum Glück sehr angenehm. Dank meiner 20-jährigen Erfahrung in der kantonalen Exekutive kannte ich die Mechanismen der Bundespolitik bereits vor meiner Wahl in den Ständerat. Als Parlamentarier bin ich aber neu ein Akteur der Bundespolitik. Das hat meine Rolle verändert.

Als Ständerat sind Sie verschiedenen Kommissionen beigetreten, darunter der Finanzkommission. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?

Wir leben in einer Zeit permanenter Unsicherheit. Militärische, geopolitische und finanzielle Krisen reihen sich aneinander. Als Finanzpolitiker ist es mir wichtig, dass wir unsere Ausgaben im Griff haben.

Damit erhalten wir uns die nötige Handlungsfähigkeit in einem anspruchsvollen Umfeld. Die Schuldenbremse ist deshalb einzuhalten. In ihrem Rahmen muss es uns gelingen, die Sozialwerke – insbesondere die AHV – nachhaltig zu finanzieren, und wir müssen die Armee stärken. Dafür setze ich mich ein. Gleichzeitig dürfen wir nie vergessen, dass die Stärke unseres Landes in seiner Vielfalt und seinem föderalen Zusammenhalt liegt.

Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Ständerat?

Zwei Dinge fallen mir sofort ein: die ausgezeichnete Atmosphäre in der kleinen Kammer und der gegenseitige Respekt unter den Ständeratskolleginnen und -kollegen. Als Waadtländer Ständerat habe ich einen starken Bezug zu den Behörden und Institutionen meines Heimatkantons. Als Kompass für meine Arbeit dienen mir die Werte Freiheit und Verantwortung, die wir als FDP teilen.

«Als Finanzpolitiker ist es mir wichtig, dass wir unsere Ausgaben im Griff haben.»



**Nationalrat
Simone Gianini
TI**

Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Vor einem Jahr bin ich als Vizebürgermeister der Stadt Bellinzona ins nationale Parlament eingezogen. Die Arbeit im Bundeshaus erfordert einen Perspektivenwechsel: Weg vom Tagesgeschäft einer lokalen Exekutive, hin zu einer langfristigen Perspektive auf nationaler Ebene. Im Vergleich zu früher bin ich nicht mehr jeden Abend bei meiner Frau und meinen drei Kindern, und ich musste mich neu organisieren, damit ich auch von Bern aus meiner Arbeit als Anwalt nachgehen kann.

Sie sind Mitglied der Kommission für Rechtsfragen. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?

Die Rechtskommission ermöglicht einen interdisziplinären Blick auf gesellschaftliche Themen. Als Jurist konnte ich mich sofort in die Arbeit einbringen und wichtige Entscheide mitprägen. Nach dem umstrittenen Urteil zum Klimaschutz beschäftigen wir uns beispielsweise mit dem Verhältnis der Schweiz zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir erwarten, dass dieser im Rahmen seiner Kompetenzen handelt, um die bisher hohe Akzeptanz der EMRK in der Schweizer Bevölkerung nicht zu gefährden.

nen Urteil zum Klimaschutz beschäftigen wir uns beispielsweise mit dem Verhältnis der Schweiz zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir erwarten, dass dieser im Rahmen seiner Kompetenzen handelt, um die bisher hohe Akzeptanz der EMRK in der Schweizer Bevölkerung nicht zu gefährden.

Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Nationalrat?

Sicherlich der Tag der Vereidigung: feierlich und patriotisch. Aber auch der Moment, als das Plenum zum ersten Mal einen meiner Minderheitsanträge angenommen hat, war etwas Besonderes. In diesem Moment habe ich wirklich gespürt, dass man als Nationalrat den Gesetzgebungsprozess beeinflussen kann. Ich hatte auch das Privileg, die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Tenero zu moderieren. Es war eine wichtige Gelegenheit, das Engagement der vielen Tessiner Freisinnigen für unsere Partei zu zeigen.

«Ich habe gespürt, dass man als Nationalrat den Gesetzgebungsprozess beeinflussen kann.»

Bild: AdobeStock



Die Zukunft ist digital

So gewinnen wir Abstimmungen und Wahlen.

Im vergangenen Jahr haben uns die linken und statistischen Parteien ihre Macht bewiesen: Mit ausgeklügelten Digital-Kampagnen ist es ihnen gelungen, uns Mehrausgaben in Milliardenhöhe aufzudrücken, zentrale Infrastrukturprojekte zu blockieren und überfällige Reformen unserer Sozialwerke zu verhindern.

Über E-Mails, Whatsapp-Nachrichten und Social-Media-Videos erreichten sie die Menschen zielgerichtet und schafften es, ihre Botschaften – auch wenn deren Wahrheitsgehalt teilweise mehr als fragwürdig war – erfolgreich zu platzieren. Mit erheblichen Folgen für das Portemonnaie von uns Bürgerinnen und Bürgern.

Schon lange ist unsere politische Konkurrenz in einen Dauerwahlkampf übergegangen. Sie kämpft nicht nur von Abstimmung zu Abstimmung und

«Wir brauchen
schleunigst eine
durchgängige digitale
Kampagnen-
infrastruktur.»

in den Monaten vor den Wahlen, sondern wiederholt ihre Botschaften tagein, tagaus. Mit immer grösserer Reichweite und – gemessen an den jüngsten Abstimmungsergebnissen – mit zunehmendem Zuspruch.

Höchste Zeit, aus dem Dornröschenschlaf aufzuwachen und dem schleichenden Linksdrift entschlossen und mit Kampfgeist zu begegnen. Denn die Petition «Nein zur Vorsorgesteuer» hat gezeigt: Auch wir können digital mobilisieren. Inert kürzester Zeit konnten wir über 40000 Menschen davon überzeugen, mit uns gegen den Griff des Staates nach den Vorsorgevermögen zu kämpfen.

Auf diesem Erfolg gilt es aufzubauen. Wir brauchen schnelligst eine durchgängige digitale Kampagneninfrastruktur, die uns ermöglicht, die erfolgreiche

Petition zu skalieren und die Menschen noch gezielter auf den Themen abzuholen, die ihnen unter den Nägeln brennen.

Tocco – das digitale Rückgrat der FDP

Die heutige Mitgliederdatenbank der FDP ist überholt. Sie stammt noch aus dem Jahr 2007, ist also älter als das erste iPhone. Einen personalisierten Versand von E-Mails? Fehlanzeige. Betreuung von Spendern? Nicht möglich.

Der Fall ist klar: Wir brauchen eine neue Datenbank!

Die FDP möchte das veraltete Tool so rasch wie möglich mit Tocco, einer bewährten Schweizer Datenbank-Lösung, ersetzen. Dieses zeitgemässe Werkzeug ermöglicht der FDP ein zielgerichtetes Newsletter-Marketing, garantiert ein professionelles Fundraising und steigert die entscheidende Mobilisierung zu Abstimmungen und Wahlen.

Kurzum: Tocco macht uns im digitalen Raum konkurrenzfähig und ist ein entscheidendes Puzzleteil, um die nationalen Wahlen 2027 gewinnen zu können.

«Tocco macht uns im digitalen Raum konkurrenzfähig und ist ein entscheidendes Puzzleteil, um die nationalen Wahlen 2027 gewinnen zu können.»

Aus dem FDP-Maschinenraum

Die Petition «Nein zur Vorsorgesteuer» hat richtig Spass gemacht! In einer Nachtschicht setzte ich die Infrastruktur auf, damit wir möglichst rasch live gehen konnten. Kurz vor der Veröffentlichung zeigte meine Smartwatch einen Puls an, den ich sonst nur vom Sport her kenne – so aufgeregt war ich. Als dann die Zahl der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner im Minutentakt in Hunderterschritten stieg, traute ich meinen Augen nicht. Über 40000 Personen sollten es am Schluss sein. Ein Grosse Erfolg für die FDP!

Lukas Ächerli,
Projektleiter Petition
«Nein zur Vorsorgesteuer»

Mit Ihrer Spende für das Projekt TOCCO ermöglichen Sie:

- 50 FRANKEN:
Datenmigration für 50 Parteimitglieder
- 100 FRANKEN:
Schulung einer Ortspartei im neuen Tool
- 250 FRANKEN:
Erstellung einer Briefvorlage (beispielsweise für eine Spendenbestätigung)
- 1000 FRANKEN:
Programmierung einer neuen Schnittstelle, beispielsweise für den personalisierten Versand des Präsidentenmails



Hier geht's zur
Donation-Page
(inkl. Twint).



Lukas Ächerli, Projektleiter Petition
«Nein zur Vorsorgesteuer»

Bild: iStock



Staatsdividende – jetzt!

Warum Steuerzahlende an staatlichen Haushaltsüberschüssen partizipieren sollen.

Der Kanton Basel-Stadt schwimmt im Geld, während die Steuerbelastung insbesondere beim Mittelstand schweizweit zu den höchsten zählt. Eine groteske Situation, welche nun dank eines innovativen Vorstosses aus dem Kreis der FDP künftig zumindest teilweise entschärft werden kann.

Die Krux mit der Steuersenkung trotz Einnahmeüberschüssen

Zugegebenermassen hat Basel-Stadt ein Luxusproblem. Der Kanton weist seit Jahren Überschüsse in Millionenhöhe aus. Die Verschuldung konnte dadurch seit Mitte der Nullerjahre erheblich reduziert werden, und selbst die 2019 eingeführte Unternehmenssteuerreform hatte wider Erwarten keinen negativen Effekt auf die Steuereinnahmen, im Gegenteil. 2023 wies der Kanton einen Überschuss von 423 Millionen Franken aus. Die wiederkehrenden Millionenüberschüsse wecken aber verständlicherweise Begehrlichkeiten. Folgerichtig wären zur Eindämmung der Überschüsse Steuersenkungen angebracht, wie sie von bürgerlicher Seite immer wieder gefordert werden. Solche Vorhaben scheitern jedoch in Basel-Stadt am zähen Widerstand der Linken. Diese bevorzugen alternativ chronischen Staatsausbau, verbunden mit Ausgabenerhöhung à gogo. Leidtragend ist und bleibt der steuerzahlende Mittelstand, liegt Basel doch bei der Steuerbelastung im schweizweiten Vergleich immer noch ganz weit hinten.

Rückerstattung von Überschüssen als möglicher Mittelweg

Was also tun? Eine mögliche Lösung läge eben darin, das Pferd stattdessen von hinten aufzuzäumen. Anstatt weiter den beschwerlichen politischen Weg für Steuersenkungen zu beschreiten, habe ich in einem Essay die Idee der Überschussrückvergütung beschrieben, wie künftig die Steuerzahlenden an den kantonalen Haushaltsüberschüssen teilhaben können. Dabei geht es simpel ausgedrückt um eine Art Dividende, welche der Kanton an die Steuerzahlenden ausrichtet, sofern gewisse Kriterien erfüllt sind.

Avenir Suisse hat den Vorschlag zu Beginn dieses Jahres in der Publikation «Budgetierung ausser Rand und Band» aufgenommen. Der Ansatz zur Rückerstattung von Haushaltsüberschüssen wurde daraufhin sowohl in den Medien wie auch politisch weitherum diskutiert.

Parlamentsentscheid macht Basel-Stadt zum First Mover

In Basel haben wir den Schwung aus diesem Diskurs im Februar 2024 genutzt und den Vorschlag in Form

einer Motion in den Grossen Rat gebracht. Dabei wurde auch bereits die konkrete Umsetzung formuliert. Diese sieht vor, dass bei vorhandener negativer Nettoverschuldung die kantonalen Überschüsse zu maximal 80 Prozent und proportional zum individuellen Steueraufkommen an die steuerzahlenden Privatpersonen zurückvergütet werden können. Unterstützt wurde der Vorstoss von sämtlichen bürgerlichen Parteien bis hin zur GLP. Jedoch überrascht aber, dass auch die Regierung die Motion entgegennahm und selbst die SP-Fraktion für die Erstüberweisung stimmte.

Nachdem im Oktober auch die Zweitüberweisung erfolgreich vom Grossen Rat verabschiedet worden ist, darf die Regierung um SP-Finanzministerin Tanja Soland nun einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Sie meinte in der Ratsdebatte dazu gar: «Meine Mitarbeitenden hätten sicher Freude daran, eine solche Vorlage auszuarbeiten.»

Es geschehen selbst am Rheinknie hin und wieder noch Zeichen und Wunder.



Christian C. Moesch, Grossrat FDP Basel-Stadt

Revision des Luftfahrtgesetzes

Schützen wir unseren Wohlstand!

Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sowie die zunehmende globale Verflechtung sind die Treiber der internationalen Mobilität. Trotz steigender Passagierzahlen verbleibt die Anzahl der Flugbewegungen konstant. Dennoch stehen die Landesflughäfen unter politischem Druck. Ein Überblick über Nutzen und Herausforderungen.

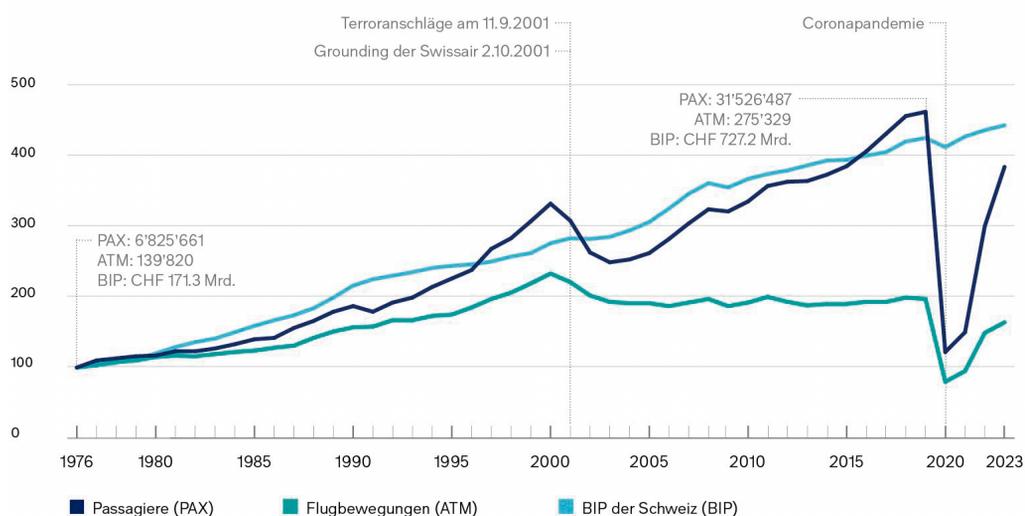
Die Landesflughäfen binden mit rund 60 Millionen Passagieren im Jahr die Schweiz mit der Welt an. Sie sind von elementarer Bedeutung für Tourismus, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft und ermöglichen unseren Wohlstand. Denn die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sowie die zunehmende globale Verflechtung der Schweiz sind und bleiben die Treiber des Bedarfs nach internationaler Mobilität. Das verdeutlicht die Grafik: Die Passagierzahlen am Flughafen Zürich entwickeln sich entlang des BIPs. Bemerkenswert dabei: Die Anzahl Flugbewegungen weisen ein bedeutend flacheres Wachstum auf als die Passagierentwicklung. Der Grund sind grössere Flugzeuge und eine höhere Auslastung, mit welcher der beträchtliche Anstieg des Passagieraufkommens in den letzten beiden Jahrzehnten bewältigt werden konnte.

Die Bedeutung der Landesflughäfen ist auch an einigen Zahlen festzuhalten. 35% der ausländischen Gäste erreichen die Schweiz per Flugzeug und jährlich werden mehr als 50% der wertmässigen Schweizer Exporte per Luftfracht abgefertigt. Der Flughafen Zürich agiert dabei als einziges interkontinentales Luftverkehrs-Drehkreuz und bindet unser Land an die wichtigsten Metropolen der Welt an. Gute Verkehrsanbindungen zählen für die exportorientierte Schweizer Wirtschaft zu den wichtigsten Standortfaktoren überhaupt. 2024 sind über 200 Destinationen in 70 Ländern direkt von Zürich aus erreichbar. Und 44% der europäischen Wirtschaftsstandorte sind dank des Flughafens innerhalb von dreieinhalb Stunden erreichbar, ohne den Flughafen sind es lediglich 11%.

Wohlstand entsteht durch Handel. Und Handel basiert auf funktionierenden Verkehrsrouten. Das war vor 3000 Jahren schon so und gilt heute noch. Nur die Art des Verkehrsmittels und die globale Reichweite haben sich seither verändert. Deshalb ist ein Flughafen heute wichtiger als die geostrategische Lage des Seehafens. Zum Glück für die Schweiz.

Zum Glück auch für den Kanton Zürich. Denn die Flughafenstadt ist mit über 30000 Arbeitsplätzen

Die Luftfahrt erfüllt das Mobilitätsbedürfnis der Gesellschaft



bei über 300 Unternehmen ein bedeutender Wirtschaftsstandort im Kanton. Mit einer jährlichen Wertschöpfung von über 7 Milliarden Franken trägt das Flughafensystem rund 4,5% des kantonalen BIPs bei – die Einkommensverwendung induziert eine zusätzliche Wertschöpfung von 8,4 Milliarden Franken. Diese wirken sich bis weit in die benachbarten Kantone und die Grenzregion aus. Dazu werden täglich rund 1 Million Franken in die Erneuerung, den Ersatz und die Weiterentwicklung der Infrastruktur investiert.

Der Flughafen Zürich ist ein Wirtschaftsmotor und gemäss Bundesrat «systemrelevant», weil deren Ausfall zu einer massiven oder kompletten Störung des Systems führen würde. Als wichtiger Faktor im nationalen Transport- und Verkehrssystem ermöglicht er die Mobilität von Gütern und Personen, auf die Staat und Bevölkerung angewiesen sind. Um der Rolle des Flughafens Zürich als kritische Verkehrsinfrastruktur gerecht zu werden und seine Funktionsfähigkeit langfristig zu sichern, muss er stärker als solche berücksichtigt sowie geschützt werden. Dazu gehört der

Erhalt der aktuellen Betriebszeiten sowie die Lösung des Widerspruchs zwischen Flugbetrieb und Bevölkerungsentwicklung, damit der Anschluss der Schweiz an die Weltmärkte und damit unser Wohlstand auch in Zukunft sichergestellt sind.



Andrew Karim,
Vorstandsmitglied bei der FDP Winterthur und arbeitet für die Flughafen Zürich AG

NEIN zur Preisexplosion

Eidg. Abstimmung
9. Februar 2025

Verarmungs-Initiative

NEIN!



~~CHF 4.10.-~~

13.-